FPÖ PENZING

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Die unterfertigenden Bezirksräte stellen namens der Fraktion der Freiheitlichen Bezirksräte auf der am 13.12.2017 stattfindenden ordentlichen Sitzung der Bezirksvertretung von Wien Penzing gemäß § 23 der Geschäftsordnung folgende

Anfrage

Betreffend: Mindestsicherungsbetrug in Wien und Penzing

1. Welche Maßnahmen werden getroffen um Mindestsicherungsbetrug in Penzing zu verhindern?
2. Werden diese Maßnahmen evaluiert da die bisherigen Maßnahmen offenbar nicht ausreichen (siehe Medienberichte)?
3. Nach den zahlreichen Missständen die im Sozialressort der Stadt Wien bereits aufgeflogen sind, welche Konsequenzen wurden gezogen?
4. Wie kann so etwas in Wien passieren:

   „ Der tschetschenische Staatsbürger (59) lebt schon seit Jahren als "U-Boot": Er ist offiziell unauffindbar und lebt vermutlich weiterhin mit einer falschen Identität in Österreich. Trotzdem hat der Verdächtige seit 2013 vier Jahre lang Mindestsicherung und zahlreiche andere Sozialleistungen der Stadt Wien bezogen“
   → Bericht Kronenzeitung 18.10.2017
5. Welche Konsequenzen werden jetzt aus diesem und den vorhergehenden Skandalen gezogen?
6. Wird das ganze Mindestsicherungssystem der Stadt Wien als Konsequenz aufgrund der aufgeflogenen Skandale einer externen Prüfung unterzogen?
7. Werden alle Mindestsicherungsbezieher in Penzing regelmäßig überprüft?
   7.a.: Wenn Ja – Wie?
   7.b.: Wenn Nein – Warum nicht?
8. Werden als Konsequenz aus den aufgeflogenen Skandalen jetzt endlich alle Mindestsicherungsbezieher in Wien überprüft?
   8.a.: Wenn Ja – Wie?
   8.b.: Wenn Nein – Warum nicht?
9. Wird der betroffene Stadtrat Konsequenzen ziehen und zurücktreten?
   9.a.: Falls ja – Wann?
   9.b.: Falls nein – Warum nicht?
10. Dürfen die Bürger erfahren was Sache ist oder steht das den einfachen Bürgern nicht zu?

Begründung

Öffentliches Interesse.

Immer mehr Ungereimtheiten werden rund um Sozialleistungen in Wien publik.
2017 reichen vermutlich **700 Mio € Budget nicht aus**, die Zahl der Mindestsicherungs-bezieher explodiert.
Fast die Hälfte der Bezieher sind keine österreichischen Staatsbürger.
Die Ausgaben für **Flüchtlinge** in Wien sind laut Medienberichten auf **täglich 500 000 €** angestiegen, **Wiens Schulden** haben einen neuen Rekord erreicht: **6,9 Milliarden Euro**[1]!
Drei Tage nach der Nationalratswahl wird eine neue Rekordverschuldung zugegeben.
Nun stellt sich die Frage wie so etwas möglich sein kann?
Haben die Stadträte und die ihnen zugeordneten Stellen in Wien schon den Durchblick verloren?
Der Rechnungshofbericht GZ 004.411/004-3A3/16 & die investigative Arbeit der Kronenzeitung[2] lassen Schlimmes befürchten.

Antwortverweigerung in dieser Sache verbessert die Lage nicht – welchen Zweck will man damit also verfolgen ?

Berichterstattung KRONENZEITUNG 24.05.17, 22.05.17, 10.04.17,…, 19.10.17...

Sandra Frauenberger

Foto: Zwefo, KLEMENS GROH

Keine Reform

23.05.2017, 16:33

Totalversagen bei der Mindestsicherung in Wien

Ende 2016 sollte eine Lösung für ein Wiener Modell präsentiert werden, seit Monaten wird nur geplaudert - bei der Mindestsicherung versagen seither SPÖ - durch Stadträtin Frauenberger vertreten - und die Grünen mit Birgit Hebein. Jetzt wurde ein Ergebnis für "vor dem Sommer" angepeilt. Zusatz: "Vielleicht."

1https://staatsschulden.at/wien

2http://www.krone.at/wien/rechnungshof-schwere-maengel-im-sozialhilfe-system-27-phantom-kinder-story-554443
http://www.krone.at/oesterreich/totalversagen-bei-der-mindestsicherung-in-wien-keine-reform-story-570849

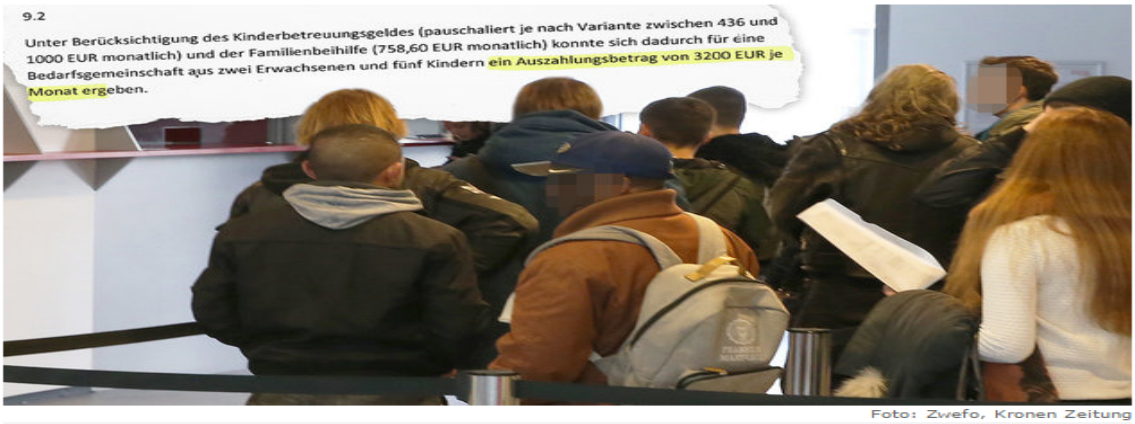

Foto: Zwefo, Kronen Zeitung

Zusatzleistungen

18.04.2017, 17:07

Mit "Sozialhilfe-Kombi" zu 3200 € Mindestsicherung

Auf 142 Seiten wuchs der Richtlinienkatalog für die Mitarbeiter der MA 40 an, die in Wien bereits 152.000 Mindestsicherungsfälle betreuen müssen. Kein Wunder: Wie der Bundesrechnungshof kritisiert, verteilt die Stadt bis zu 16 verschiedene Sozialleistungen, viele davon in Kombination – laut den Prüfern sind so Netto-Monatsbezüge von 3200 Euro möglich.

Der RH kritisierte, dass die MA40 im Jahr 2015 lediglich 63% der vorgegebenen 4170 Akten kontrollierte. Insbesondere kritisierte er

- die weder zeitgerechte noch den Großenvorgaben entsprechende Stichprobenziehung
- die Unauffindbarkeit von Akten und die dadurch unterlassene Aktenkontrolle
- die Auswahl auch von nicht prüfrelevanten Akten

Bei anderen Fällen gewährte die MA40 nicht-österreichischen Beziehern mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel in Österreich Mindestsicherung, obwohl der MA40 keine gültigen Lichtbildausweise (z.B. Pass oder Personalausweis) vorlagen.

Auszug Rechnungshof-Rohbericht (GZ 004.411/004-3A3/16)

"Herausforderung"

24.05.2017, 12:46

Tag für Tag 500.000 Euro für Asylwerber in Wien

Kronenzeitung online, 18.10.2017

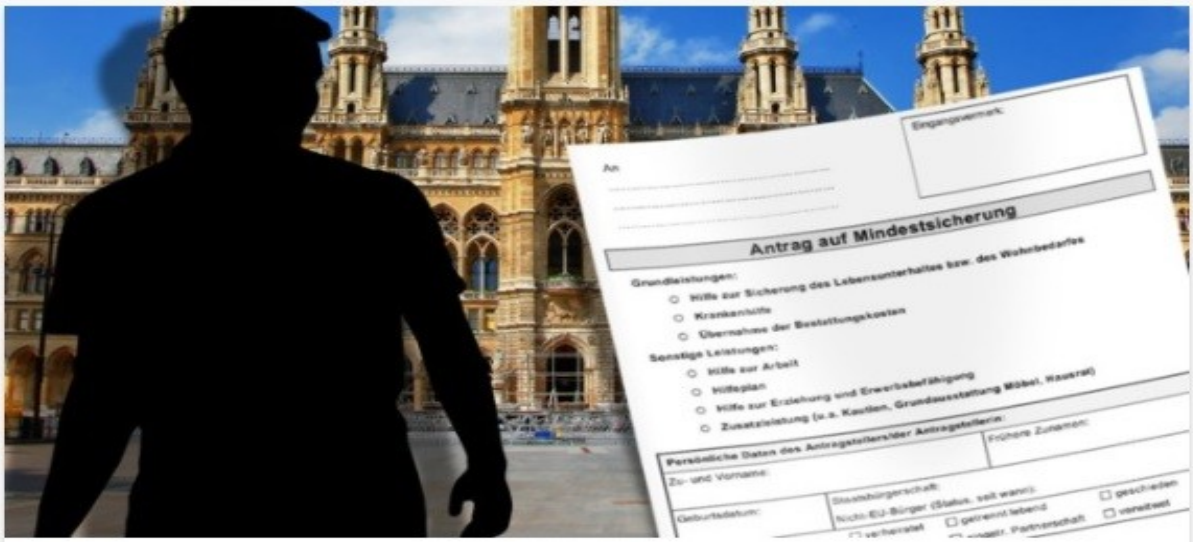

Foto: APA, wien.gv.at, krone.at-Grafik, stock.adobe.com

Sozialbetrug in Wien

18.10.2017 16:30

Tschetschene kassierte 70.000 € Mindestsicherung

Der nächste bedauerliche Einzelfall im Mindestsicherungssystem der Stadt Wien: Vier Jahre lang wurden einem Tschetschenen insgesamt 70.000 Euro an Mindestsicherung und an weiteren Sozialleistungen überwiesen, obwohl der Mann längst untergetaucht ist. Die Kripo ermittelt. Nach den zahlreichen Missständen, die im Sozialressort der Stadt Wien bereits aufgeflogen sind, ist das der nächste teure Skandalfall.

screenshot: http://www.krone.at/594104

Laufend kommen neue Skandale ans Tageslicht. Wann werden endlich Konsequenzen gezogen?

BR Berthold SOLLINGER

BR Bernhard PATZER
19.10.2017